

Resolution Volksinitiative

www.jusos-hamburg.de

Keine Unterstützung der Volksinitiative: „Eine Schule für alle“

Wir fordern alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Hamburg dazu auf, die Volksinitiative „Eine Schule für alle“ nicht zu unterstützen.

Die Forderungen der Initiative schaden unserem Spitzenkandidaten Dr. Michael Naumann.

Beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg am 08. Dezember 2007.

Gemeinsam mit unserem Bürgermeisterkandidaten Michael Naumann stehen wir Jusos Hamburg für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Stadtteilschule und Gymnasium. Deshalb stellen wir Jusos auch nicht die Existenzberechtigung der Gymnasien in Frage, sondern wollen uns viel mehr auf die Entwicklung der Stadtteilschule im Rahmen eines Zwei-Wege-Systems konzentrieren. Kennzeichnend dafür ist die unbedingte Forderung, dass beide Schulformen zum Abitur führen müssen. In beiden Schulen muss die Kultur des Abschlusses leistungsschwächerer oder unbequemer SchülerInnen der Vergangenheit angehören. Dies ist nur zu erreichen durch die Einführung von Kurswahlssystemen, in denen die individuellen Stärken eines jeden Kindes gefördert und seine Schwächen frühzeitig erkannt werden und diesen entgegengewirkt wird.

Anders als die CDU, die ein System von Gymnasien als Eliteschulen und Stadtteilschule als Restschulen will, stehen wir für echte Chancengleichheit im Bildungssystem. Dazu gehört in erster Linie die Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit. Die kostenlose Bereitstellung von Büchern und Lernmaterialien ist eine grundlegende Bedingung, allen SchülerInnen gerechte Erfolgchancen an den Hamburger Schulen zu Teil werden zu lassen. Wir unterstützen den Aufruf der ZEIT (Nr. 48 vom 22. November 2007; Seite 89), der ein Ende der jahrzehntenlangen Diskussion um die Schulstruktur und die Einführung eines Zwei-Wege-Modells fordert.

Unser Ziel ist es immer, die Mehrheit aller Mandate in der Hamburgischen Bürgerschaft zu erlangen. Wenn wir jedoch unsere Konzepte und Ideen per Volksentscheid herbeiführen, nehmen wir uns immer ein Stück Inhalt, Personal- und Geldressourcen für ein potentiell Wahlkampfthema weg. Weiter ist festzustellen, dass bisher Volksinitiativen nur erfolgreich waren, wenn diese von uns massiv unterstützt wurden oder wenn sie „gegen“ die Interessen der Parteien abzielten (z.B. das neue Wahlrecht). Ob dies dem Geist des Volksentscheides entspricht, müssen wir nach der Bürgerschaftswahl offen miteinander diskutieren.